

# BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • Nr. 3 • 71. Jg, SEPTEMBER 2020

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

## Ist die Corona-Krise weiblich?

Über (Un)vereinbarkeit  
in Zeiten der Pandemie

Seite 4



### Arbeit:

Die Gewerkschaft PRO-GE kämpft gegen Missstände im System der Erntearbeit

Seite 6

### Interview:

Julia Herr im Gespräch über Corona, die Klimawende und das Ende des Kapitalismus

Seite 8

### Asylpolitik:

Über Flüchtlinge als die vergessenen Opfer der Pandemie

Seite 12

Branchen-Champion für

# TOP PREIS- LEISTUNG

Zufriedene Kundinnen und Kunden, perfekter Service und Beratung auf hohem Niveau.



  [www.hypo.at](http://www.hypo.at)

Wir schaffen mehr Wert.

# CAMPAIGN CAMP & IDEENMESSE DER SPÖ OBERÖSTERREICH

Das Campaign Camp bietet Praxis-Workshops, Tools und Methoden für den optimalen Wahlkampf.

Die Ideenmesse präsentiert wahlkampfrelevante Angebote der SPÖ Oberösterreich, der befreundeten Organisationen und professioneller Werbefirmen.

UND: Die Ideenmesse gibt Ortsorganisationen wieder die Möglichkeit Projekte, Veranstaltungsformen und nachahmungswürdige Aktionen einer breiten Parteiöffentlichkeit nahezubringen.

## ZEIT & ORT

Samstag, 27. Februar 2021

ab 9.00 Uhr

Tabakfabrik Linz

Das genaue Programm wird rechtzeitig an alle Mitglieder der SPÖ Oberösterreich per Mail versandt. Infos sind auch auf der Website [www.renner-institut.spooe.at](http://www.renner-institut.spooe.at) zu finden.

# Das Leben mit COVID-19

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



**M**ehr als ein halbes Jahr COVID-19-Ausnahmesituation haben wir bereits hinter uns. Und es hat uns als Gesellschaft und auch als einzelne Individuen ganz schön durcheinandergebracht. Zuerst fühlte es sich als Ausnahmesituation an, die ein paar Wochen dauern und dann – so dachten sicherlich viele – schon wieder bald vorbei sein würde. Und jetzt dauert es noch immer...

Politisch schien es anfangs so, als ob die Regierung alles im Griff habe, alles richtig machen würde und die Kurz-ÖVP kratzte in den Meinungsumfragen an der absoluten Mehrheit. In der Zwischenzeit ist offensichtlich, dass zwar am Beginn richtig und vor allem rechtzeitig reagiert wurde, aber seither auch viele Fehler von Türkis-Grün gemacht wurden.

## „Hauruck-Aktionen bestimmen bis heute die COVID-19-Bekämpfung in Österreich.“

Die juristisch schlechten und gar verfassungswidrigen Gesetze und Verordnungen sind ein klassisches Beispiel für schlechtes Regieren. Die Gleichung, einerseits einen transparenten Plan zu haben und andererseits flexibel und schnell zu reagieren, hat die Kurz-Regierung bis heute nicht gelöst. Hauruck-Aktionen bestimmen bis heute die COVID-19-Bekämpfung in Österreich. Dazu kommt, dass die medial groß angekündigten Hilfspakete für Familien, Selbständige, KünstlerInnen, usw. in vielen Fällen unzureichend oder Bürokratiemonster sind.

Diese Themen werden uns auch in den kommenden Monaten beschäftigen. Die zu erwartenden politischen Konflikte werden in nächster Zeit auch nicht weniger werden, im Gegenteil. Grund genug für uns, den Schwerpunkt dieser Ausgabe des Bildungskuriers darauf zu legen.

## Inhalt

- 4 **Geschlechterverhältnisse:** Wie sich die COVID-19-Pandemie auf unbezahlte Arbeit und Vereinbarkeit auswirkt, untersucht Katharina Mader.
- 6 **Arbeit:** Missstände im System der Erntearbeit deckt Klaudia Friebe auf.
- 7 **Konsumgesellschaft:** Über Sinn und Unsinn von Massenkonsum, nicht nur in Zeiten von Corona, reflektiert Bernd Dobsberger.
- 8 **Interview:** Julia Herr, SPÖ Umweltsprecherin im Parlament, im Gespräch über Corona, die Klimawende und die Überwindung des Kapitalismus.
- 10 **Europäische Union:** Wie die EU in Krisenzeiten handlungsfähig bleibt, weiß Hannes Heide.
- 11 **Rezension:** Das Buch „Krisendemokratie. Sieben Lektionen aus der Coronakrise“ stellt Nora Waldhör vor.
- 12 **Asylpolitik:** Über Flüchtlinge als die vergessenen Opfer der Pandemie schreibt Christian Schörkhuber.



4



7



8



12



PEFC zertifiziert  
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen  
www.pefc.at

gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



**Klimaneutral**  
Druckprodukt  
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

**Medieninhaber, Herausgeber, Verleger:** Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1  
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

**Redaktion:** Bernd Dobsberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kempfner, Manuel Kreuzer, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser

**Grundsätzliche Richtung:** sozialdemokratisch

**Hersteller:** Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.

Nr. 03/20, September, SPÖ OÖ-Info-Nr. 3/2020, GZ 02Z032837 M,  
P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

# Ist die Corona-Krise weiblich?

Wie wirkt sich die Corona-Krise auf unbezahlte Arbeit, Home-Office und Vereinbarkeit aus? Das hat eine Umfrage der Wirtschaftsuniversität Wien nun genauer untersucht.

KATHARINA MADER

**A**ls immer mehr Länder einen Lockdown verordneten, begannen ÖkonomInnen zu argumentieren, die COVID-19 Pandemie habe das Potenzial Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern zu reduzieren und werde wie eine „Gleichmacherin“ wirken; etwa, weil Menschen viel mehr Zeit zu Hause verbringen. Männer würden sehen, wie viel unbezahlte Arbeit Frauen leisten. In weiterer Folge würden sie daher eher bereit sein, einen größeren Anteil der unbezahlten Arbeit zu übernehmen. Mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern sei eine zu erwartende Folge der Pandemie. Und durch Home-Office würden besonders Frauen entlastet, da Home-Office die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern würde.

Im Unterschied dazu zeigten Studien aus Deutschland aus Vor-Krisenzeiten, dass Home-Office weder Müttern noch Vätern einen Freizeitgewinn bringt und auch nicht (automatisch) Geschlechterrollen und die Verteilung von unbezahlter Arbeit verändert.

Mit unserer eigenen Umfrage wollten wir daher herausfinden, wie sich die

derzeitige Krise auf unbezahlte Arbeit, Home-Office und Vereinbarkeit auswirkt und den postulierten Ideen von mehr Geschlechtergerechtigkeit auf den Grund gehen. Wir haben daher zwischen dem 20.04.2020 und dem 14.05.2020, während der strikten Ausgangsbeschränkungen, mittels eines Online-Fragebogens Daten erhoben und werten diese zurzeit aus.

## Die Verlagerung der Betreuungsarbeit ins Private

Was wir bislang sehen ist, dass die Pandemie – in Kombination mit Kindergarten- und Schulschließungen sowie der Nicht-Verfügbarkeit von Großeltern – die Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen ins Private verlagert hat. Die Zeit der Ausgangsbeschränkungen bedeutete für viele Eltern Stress, Überlastung und das Gefühl unfairer Aufgabenverteilung. Viele Streitigkeiten in Partnerschaften entstanden rund um die Wertschätzung von Kinderbetreuung und Hausarbeit als Arbeit versus Home-Office als Arbeit. Oftmals stand der Konflikt im Mittelpunkt: Welche Tätigkeit ist wie viel wert und wer „darf“ deshalb wie viele Stunden am Tag erwerbstätig sein?

### DIE AUTORIN:

**Katharina Mader** ist Assistenzprofessorin am Institut für Heterodoxe Ökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien



© Pamela Kufmann

Ähnlich wie in offiziellen Zeitverwendungserhebungen üblich, baten wir die Menschen, ihre Zeitverwendung von gestern bzw. vom letzten Werktag in Intervallen von Viertelstunden anzugeben.

Betrachten wir bezahlte und unbezahlte Arbeiten, so arbeiteten Frauen und Männer während der Ausgangsbeschränkungen zwischen 11 und 15 Stunden pro Tag. Alleinerzieherinnen kamen mit knapp 15 Stunden auf die meisten Stunden, wobei sie davon 9 Stunden unbezahlte Kinderbetreuung und Hausarbeit verrichteten. Mütter in Paarhaushalten kamen jedoch erstmals auf sehr ähnliche Zahlen und arbeiteten 14 ¼ Stunden – 9 ½ davon unbezahlt. Väter in Paarhaushalten arbeiteten hingegen knappe 13 ¾ Stunden und knapp 7 unbezahlt. Diese Relationen zeigen sich auch in Haushalten mit Kindern unter 15 Jahren, in denen beide Eltern während der Ausgangsbeschränkungen im Home-Office waren.

Im Unterschied dazu waren die Arbeitszeiten in Paarhaushalten im Home-Office ohne Kinder sehr gleich verteilt. Dort waren beide knappe 8 Stunden erwerbstätig und machten ca. 3 Stunden lang Arbeiten im Haushalt. Dies zeigt auch, dass sich gerade ab dem Zeitpunkt, ab dem Kinder in einem Haushalt leben, traditionelle Rollenbilder etablieren.

**Am größten war die Gesamtarbeitsbelastung während des Lockdowns bei Müttern von Kindern im Volksschulalter.**



## Mehrbelastung von Familien mit Kindern

Daher hier noch ein genauerer Blick in Familien mit Kindern: Wir sehen, dass Mütter von Kleinstkindern (0-2 Jahre) mit knapp 11 Stunden pro Werktag auf die meisten Stunden an unbezahlter Arbeit kamen. Davon verwendeten sie etwas mehr als 7 Stunden für die Kinderbetreuung, den Rest für andere Hausarbeit, wie kochen oder putzen. Mit durchschnittlich ca. 3 Stunden an Erwerbsarbeit hatten sie die geringste Erwerbsbeteiligung. Aufgrund von Karenzzeiten ist das wenig verwunderlich. Väter von Kleinstkindern kamen im Unterschied dazu auf knapp über 7 Stunden Erwerbsarbeit pro Werktag und übernahmen knappe 6 Stunden unbezahlte Arbeit, hiervon 4 Stunden Kinderbetreuung.

Wenn das jüngste Kind zwischen 3 und 5 Jahre alt ist, übernahmen Mütter pro Tag etwas über 2 Stunden mehr Kinderbetreuung als Väter. Und insgesamt verwendeten sie durchschnittlich 3 Stunden mehr auf unbezahlte Arbeiten. Väter hingegen waren im Schnitt 2 Stunden mehr erwerbstätig als Mütter.

Die Gesamtarbeitsbelastung ist mit 14 ½ Stunden bei Müttern von Kindern im Volksschulalter (6 bis 9 Jahre) am größten. Diese Frauen waren durchschnittliche 6 Stunden erwerbstätig und übernahmen mit 5 ½ Stunden Kinderbetreuung nur unwesentlich weniger Kinderbetreuung als Mütter von Kindergartenkindern. Hier wird die Belastung durch das Home-Schooling, also das Unterrichten zu Hause, deutlich. Und es zeigt sich eine ähnliche Relation: Mütter leisteten sogar 2 ¼ Stunden mehr Kinderbetreuungsarbeit als Väter und 3 ¼ Stunden mehr an insgesamt anfallender unbezahlter Arbeit. Väter von Kindern dieser Altersgruppe waren auch hier im Schnitt 2 Stunden pro Tag länger erwerbstätig als Mütter.

## Eine Krise ist kein Gleichstellungsinstrument

Zusammenfassend die leider ernüchternde, aber vielleicht wenig überraschende Nachricht: Genauso wie vergangene Krisen hat die Corona-Krise weder das Potenzial zum Gleichstellungsinstrument, noch hat das Home-Office

---

**„Genauso wie vergangene Krisen hat die Corona-Krise nicht das Potenzial zum Gleichstellungsinstrument.“**

---

während des Lockdowns die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung erleichtert. Erstmals scheint außerdem klar zu werden – wenn Schulen, Kindergärten und Großeltern nicht mehr zur Verfügung stehen (können) – welche Netzwerke an un(ter)bezahlter Arbeit eigentlich notwendig sind, wenn es um die Betreuung von Kindern geht. Die derzeitige Krise macht zudem deutlich: Wenn eine Gesellschaft nach mehr Geschlechtergerechtigkeit strebt, dann muss es ganz wesentlich um eine Umverteilung der unbezahlten Arbeit im Privaten gehen. Gerade zwischen heterosexuellen Paaren müssten Arbeitsaufteilungen neu verhandelt werden, damit Frauen und Männer auch am Arbeitsmarkt gleichberechtigt auftreten können.

**SPARKASSE**   
Oberösterreich

# #glaubandich

[www.sparkasse-ooe.at](http://www.sparkasse-ooe.at)



# Wer Wind sät, wird Sturm ernten

**Verschimmelte Unterkünfte, Hungerlöhne, 14 Stunden Arbeit pro Tag: Das ist nicht selten der Alltag von ErntearbeiterInnen, auch *Sezonieri* genannt. Die Gewerkschaft PRO-GE setzt sich für die Rechte der *Sezonieri* ein.**

KLAUDIA FRIEBEN

**A**ls Anfang Juni die rumänische Botschaft an die Gewerkschaft PRO-GE eine Anzeige über Missstände bei der Firma Sulzmann in Marchfeld schickte, waren wir nicht im Mindesten darauf gefasst, was uns und die AktivistInnen der *Sezonieri*-Kampagne dort erwartete. Bilder von verschimmelten Wänden, Kakerlaken auf den Matratzen, bis zu elf Menschen in einem Zimmer – und das in Corona-Zeiten.

Was uns die Erntearbeiterin Frau A. berichtete, war ebenso unglaublich: Bis zu 14 Stunden Arbeit pro Tag, ein Stundenlohn von vier Euro, Abzüge in unerlaubtem Ausmaß für das Quartier und schließlich **keine** Bezahlung nach drei Monaten Arbeit. Nach Prüfung sämtlicher Unterlagen und erfolgten Anzeigen durch die Gewerkschaft PRO-GE wurden die Unterkünfte aus hygienischen Gründen gesperrt. Es gibt Verfahren wegen Lohn- und Sozialdumping und wegen ausstehender Lohnzahlungen.

## DAS ILO-ÜBEREINKOMMEN 184

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO – *International Labour Organisation*) arbeitet rechtsverbindliche Übereinkommen für die Mitgliedsstaaten aus, die verschiedene Gebiete des Arbeitsrechts betreffen. Eine ILO-Konvention, die Österreich bislang nicht unterzeichnet hat, ist das Übereinkommen 184 über den Arbeitsschutz in der Landwirtschaft. Dieses schreibt den ratifizierenden Mitgliedsstaaten vor, Mindeststandards zu definieren, wie Arbeitszeitvorkehrungen, Schutzbestimmungen für Saison- und Zeitarbeitskräfte oder die Bereitstellung von Sozialeinrichtungen und Unterkünften.

## Ein prekäres System

Das System der Erntearbeit ist in höchstem Ausmaß prekär. Für die Erntearbeit in Österreich werden fast ausschließlich ausländische Arbeitskräfte ins Land

„Das System der Erntearbeit ist in höchstem Ausmaß prekär.“

geholt. Die Bezahlung ist nicht sehr hoch, aber geregelt, ebenso wie die Arbeitszeiten und die sonstigen Ansprüche. Die PRO-GE hat sich schon in den vergangenen Jahren dafür engagiert, dass die Menschen, die unsere Nahrungsmittel ernten, auch menschenwürdig behandelt und entlohnt werden. Dass es leider nicht immer so ist, hat der Fall der Firma Sulzmann aufgezeigt.

Die Politik ist nun darauf aufmerksam geworden und eine politische Aufarbeitung hat begonnen. Der geschilderte Fall hat bewirkt, dass das Thema sowohl im Nationalrat als auch im Bundesrat behandelt wurde. Mittlerweile gibt es auch klar definierte Forderungen an die Landwirtschaftsministerin und an die EU-Kommission, da die Prekarität der Erntearbeit auch ein europäisches Problem ist. Gefordert werden, unter anderem, die Unterzeichnung des ILO Übereinkommens 184 für den Arbeitsschutz in der Landwirtschaft durch Österreich (siehe Infobox), die Einhaltung der bestehenden Arbeits- und Unterbringungs Vorschriften für ErntearbeiterInnen sowie eine mögliche Streichung der Agrarförderungen, wenn sich der Betrieb nicht an die Vorgaben hält.

## DIE AUTORIN:

### Kludia Frieben

ist stellvertretende Bundesvorsitzende und Bundesfrauenvorsitzende der Gewerkschaft PRO-GE.

Zusätzlich ist sie für den internationalen Bereich in der PRO-GE verantwortlich und Vorsitzende des Österreichischen Frauenringes, des größten Dachverbandes österreichischer Frauenvereine.



Dass ErntearbeiterInnen zu ihrem Recht kommen, dafür sorgen auch die AktivistInnen der *Sezonieri*-Kampagne, die 2014 ins Leben gerufen wurde und von der Gewerkschaft PRO-GE getragen wird. Die AktivistInnen sind meist auf Feldaktionen anzutreffen und informieren mit diversen Unterlagen in verschiedenen Sprachen die ErntearbeiterInnen über ihre Rechte. Weitere Infos dazu gibt es auf [www.sezonieri](http://www.sezonieri).

**Unter menschenunwürdigen Bedingungen mussten die *Sezonieri* bei der Firma Sulzmann in Marchfeld hausen, bis die Gewerkschaft PRO-GE auf den Fall aufmerksam wurde.**



# Ich kaufe, also bin ich?

Die Corona-Krise zeigte die Widersprüchlichkeiten des Massenkonsums ganz deutlich auf. Aber auch das Virus zeigt keinen einfachen Ausweg aus dem Konsumdilemma.

BERND DOBESBERGER

**H**enry Ford, dem ersten Massenautoproduzenten, wird der Ausspruch „Autos kaufen keine Autos“ zugeschrieben. Damit begründete er die überdurchschnittlich hohen Löhne, die er seinen ArbeiterInnen zugestand. Bis dahin waren Autos in Handarbeit hergestellte Luxusartikel. Wenige wurden gebaut und zu horrenden Preisen verkauft, die Profitrate pro Fahrzeug war sehr hoch. Nun ließ Henry Ford in seinen Fabriken den „Ford T“ bauen, am Fließband als Massenprodukt. Seine ArbeiterInnen bekamen etwas mehr Lohn als die anderen ArbeiterInnen und konnten sich damit ein Auto kaufen. Der Profit pro Kraftfahrzeug war deutlich niedriger als bei den handgefertigten Wägen, aber es wurden ja tausendfach mehr Fahrzeuge verkauft. Der gesamte Profit war damit höher als bei der vorhergegangenen Produktionsweise. Im zeitgemäßen Managementslang wird das als *Win-Win*-Situation bezeichnet: Die ArbeiterInnen gewinnen durch die bessere Bezahlung (und durch die Autos) und die FabrikantInnen sind SiegerInnen wegen der höheren Profite. Diese Logik wurde in den USA in den 1930er Jahren zum vorherrschenden Produktionsregime, in Westeuropa wurde dies nach 1945 umgesetzt.

## Das Zeitalter des Massenkonsums

Massenproduktion, Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat waren die Eckpfeiler des Wirtschaftswunders und des massiven Anstiegs des Lebensstandards. Einen ersten massiven Dämpfer erhielt dieses System durch die Offensive des Neoliberalismus: Es kam zu einem drastischen Angriff auf die Löhne und auf hohe Steuern zur Finanzierung des Sozialstaats. Die Nachfrageschwäche der abhängig Beschäftigten und der öffentlichen Haushalte wurde so zu einem ständigen Problem.

Die Massenproduktion und insbesondere der Massenkonsum wurden bereits vor 50 Jahren heftig kritisiert – allerdings fast immer moralisierend: Jeder Mensch käme auch mit weniger Kleidung, weniger Autos, weniger technischen Geräten, usw. aus und habe dann auch mehr Zeit und Muße für Bildung, Kultur und Mitmenschen. Das sagten meist Leute, die keinen materiellen Mangel kannten.

## Und heute?

Nun haben wir uns aber mit einem anderen Einwand gegen den Massenkonsum auseinanderzusetzen. Der COVID-19-Lockdown war die praktische Demonstration dessen, dass die Umweltverschmutzung sofort zurückgeht, wenn Wirtschaft und Verkehr sediert werden. Um den Klimawandel noch bremsen und

„Das Virus zeigt keinen einfachen Ausweg aus dem Konsumdilemma.“

für den Menschen beherrschbar zu machen, ist genau eine derartige Verminderung der Umweltbelastung notwendig. Denn auch der Umstieg auf neue Technologien löst nicht alle anstehenden Probleme. Das Elektroauto überwindet zwar die Probleme der Verbrennungsmotoren, aber bringt neue durch die Batterietechnologien. Und auch diese Elektroautos werden im Stau stehen. Oder: Streamingdienste über das Internet vermindern zwar beispielsweise die Fahrten ins Kino,

## DER AUTOR:

**Bernd Dobesberger** ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Oberösterreich.



steigern aber den Strombedarf massiv.

Der drastische und plötzliche Stillstand des Alltags durch den COVID-19-Lockdown hat manche Auswege aus dem Konsumdilemma angedeutet. Not-

„Notwendig sind Ansätze, die sowohl ökologisch als auch sozial gangbar sind.“

wendig sind allerdings Ansätze, die sowohl ökologisch, als auch sozial gangbar sind. Einfach weniger wird nicht die Lösung sein, immer mehr aber auch nicht.

Die Fließbandproduktion von Autos hat zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Zeitalter der Massenproduktion und des Massenkonsums eingeleitet.



# Her mit der Vier-Tage-Woche!

**Nationalratsabgeordnete Julia Herr im Interview mit dem Bildungskurier über die Krisenpolitik der Regierung und die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.**

**Bildungskurier:** Vier Monate sind seit dem Corona-Lockdown vergangen. Wie beurteilst du die Krisenpolitik der Regierung?

**Herr:** *Nachdem in Ischgl völlig falsch und verantwortungslos gehandelt wurde, konnte im Rest des Landes zu Beginn die Gesundheitskrise rasch eingedämmt werden. Das war wichtig, und wurde auch von der SPÖ im Parlament mitgetragen. Danach hat sich die Regierung jedoch einen Fehler nach dem anderen geleistet: Verwirrende Verordnungen, die vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurden, unzureichende Konzepte bei der Schulöffnung und viel zu langsam ausbezahlte Hilfsgelder. Es warten zum Beispiel immer noch Familien auf Geld aus dem Familienhärtefonds, seit Monaten. Heute mache ich mir ernsthaft Sorgen, ob wir ausreichend für den Herbst vorbereitet sind.*

**Bildungskurier:** Wie hätte ein effektives Paket zur Rettung der österreichischen Arbeitsplätze aussehen können?

**Herr:** *Gelder hätten rasch fließen müssen. Wenn ich die Wirtschaft abdrehe, kann ich weder Unternehmen noch ArbeitnehmerInnen im Unklaren lassen. Bereits am ersten Wochenende des Lockdowns gab es in Österreich 10.000e Arbeitslose mehr. Erst danach kam die Ankündigung für ein Kurzarbeitsmodell. Das war für viele einfach schon zu spät und hat für Unsicherheit gesorgt. Deshalb ist die Arbeitslosigkeit in Österreich deutlich höher als, zum Beispiel, in Deutschland. Außerdem hätte man staatliche Unter-*

*stützungsgelder an eine Arbeitsplatzgarantie knüpfen müssen. Es darf nicht sein, dass die AUA Millionen Euro von unserem Steuergeld bekommt und dann*

---

**„Es darf nicht sein, dass die AUA Millionen Euro von unserem Steuergeld bekommt und dann 20 Prozent der Belegschaft abgebaut werden.“**

---

*20 Prozent der Belegschaft abgebaut werden. Zusätzlich müsste man in Form von großen Konjunkturpaketen, also mit dem Ausbau von Klimaschutz, öffentlichem Verkehr, Bildungseinrichtungen, Gesundheitssystem, etc. Arbeitsplätze schaffen.*

**Bildungskurier:** Besonders junge Menschen sind von der Corona-Arbeitslosigkeit betroffen. Welche Schritte müssen da jetzt gesetzt werden?

**Herr:** *Wir sehen gerade bei Lehrstellen eine große Lücke. Da muss der Bund einspringen und Lehrstellen bereitstellen. Das Ende der Ausbildungsgarantie durch Schwarz-Blau fällt uns jetzt auf den Kopf, aber noch gibt es ein wenig Zeit um gegenzusteuern. Insgesamt kommen wir aber auch um eine Neuverteilung der Arbeitszeit nicht herum. Es ist ja nicht nur Corona, es ist auch die Digitalisierung, die hier mitspielt. Wir brauchen eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Her mit der Vier-Tage-Woche!*

IM INTERVIEW



**Julia Herr**

ist Nationalratsabgeordnete und SPÖ-Umweltsprecherin. Davor war sie sechs Jahre Verbandsvorsitzende der Sozialistischen Jugend.

---

**„Wir brauchen eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Her mit der Vier-Tage-Woche!“**

---

**Bildungskurier:** Die Dekarbonisierung der Wirtschaft ist ein Grundpfeiler des Green New Deal. Wie soll das in der Praxis aussehen?

**Herr:** *Wir müssen erstens unseren Energiebedarf senken, zweitens unsere Energie effizienter nutzen und drittens dafür sorgen, dass wir unseren Energiebedarf kom-*



plett aus erneuerbarer Energie gewinnen. Das heißt: Ausbau und Modernisierung von Windkraft, Wasserkraft und Photovoltaikanlagen oder auch den Austausch aller Ökessel. All das muss sozial gerecht geschehen. Durch thermische Sanierung, beispielsweise, können wir Heizkosten senken, was gerade für Familien mit wenig Einkommen wichtig ist. Für den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter brauchen wir zehntausende InstallateurInnen und TechnikerInnen und können so auch Arbeitsplätze schaffen.

**Bildungskurier:** Wie können wir Arbeitsplätze erhalten und gleichzeitig eine Klimakatastrophe abwenden?

**Herr:** Klimaschutz wird auf der einen Seite viele neue Arbeitsplätze schaffen. Auf der anderen Seite brauchen wir aber eine Beschäftigungsgarantie, so dass niemand zurückbleibt. Zusätzlich fehlen Österreich beispielsweise im Bereich der Pflege- und Gesundheitsberufe viele Arbeitskräfte, wo wir durch Umschulungen und Förderungen den Wechsel in eine zukunftsträchtige Branche ermöglichen können.

**Bildungskurier:** Du hast den AUA-Deal der Regierung stark kritisiert. Welche Möglichkeiten hätte eine größere staatliche Beteiligung der AUA eröffnet?

**Herr:** Überhaupt eine staatliche Beteiligung zu haben, wäre notwendig gewesen. Je größer diese ausgefallen wäre, desto mehr Kontrolle und Gestaltungs-

spielräume hätten wir gehabt, auch was Umweltmaßnahmen und Arbeitsplatzsicherheit betrifft. In Ländern wie Portugal oder Deutschland wurde deutlich besser verhandelt und eine Staatsbeteiligung erzielt. Wir müssen uns auf schwammige Zusagen verlassen. Der Vertrag wird überhaupt geheim gehalten. Die viel gepriesene Standortgarantie ist zeitlich begrenzt und die Belegschaft finanziert die Krise durch Gehaltseinbußen mit. Mit einer staatlichen Beteiligung hätten wir hier, wie gesagt, mehr Mitsprache und Gestaltungsspielraum bekommen.

**Bildungskurier:** Der Verkehr macht fast die Hälfte des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes aus. Gerade im ländlichen Bereich sind arbeitende Menschen auf ihr Auto angewiesen. Wie ist eine Verkehrswende möglich ohne diese Menschen zu benachteiligen?

**Herr:** Natürlich darf man da nicht sagen "Fahr mit dem Bus", wenn es gar keinen Bus gibt oder der nur zwei Mal am Tag fährt. Während ein Drittel Österreichs, vor allem die Ballungsräume, sehr gut erschlossen ist und das Problem die Überlastung ist, haben wir ein anderes Drittel, wo es mehr oder weniger gar keine Öffis gibt. Da müssen wir gehörig aufholen.

**Bildungskurier:** Du sprichst oft von einer Veränderung der gesamten Wirtschaftsweise. Wie muss eine Wirtschaft für die Meisten aussehen?

**Herr:** Derzeit zählen Profite mehr als Mensch oder Umwelt. Zum Beispiel wehren sich Öl- und Kohlekonzerne mit all ihrer Macht und ihrem Geld gegen jede Abkehr von fossilen Brennstoffen, weil sie damit gutes Geld verdienen. Eine Veränderung der Wirtschaftsweise muss daher eine radikale Demokratisierung sein. Wir müssen gemeinsam über die Zukunft unseres Planeten entscheiden und nicht länger einer kleinen Elite dabei zuschauen, wie sie sich auf Kosten unserer Umwelt bereichert. Wir müssen unsere Produk-

---

**„Wir müssen den Kapitalismus langfristig überwinden, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.“**

---

tions- und Wirtschaftsweise am Wohl von Mensch und Umwelt orientieren und nicht an der Frage des Gewinns. Kurz: Wir müssen den Kapitalismus langfristig überwinden, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

---

**„Wir müssen gemeinsam über die Zukunft unseres Planeten entscheiden und nicht länger einer kleinen Elite dabei zuschauen, wie sie sich auf Kosten unserer Umwelt bereichert.“**

---



# Ist die EU in Krisenzeiten handlungsfähig?

Die vergangenen zehn Jahre waren für die Europäische Union von Krisen geprägt. Deren Bewältigung wird immer dann schwierig, wenn nicht alle Mitgliedstaaten mitziehen.

HANNES HEIDE

**F**inanz- und Flüchtlingskrise, Brexit und Corona-Pandemie – die EU Staatengemeinschaft wurde innerhalb kürzester Zeit ziemlich oft auf die Probe gestellt. „Warum tut die EU nichts?“, hieß es oft in der öffentlichen Debatte. Die Antwort: Die Europäische Union ist auch in Notsituationen nur so gut, wie es ihre Mitglieder zulassen. Wenn einzelne Staaten sich gegen europäische Entscheidungen querlegen, wie bei der Flüchtlingsverteilung, oder wenn Grenzen während einer Pandemie ohne Absprache geschlossen und Ausfuhren von medizinischem Material blockiert werden, dann liegt der Fehler nicht bei der Europäischen Union.

## Fehlende Solidarität und politische Alleingänge

Trotz virtuellem Politikbetrieb haben Rat, Kommission und Parlament im Rekordtempo die Versorgung mit medizinischen Hilfsgütern und finanzieller Unterstützung organisiert. Bereits im Jänner, als in Frankreich die ersten Corona-Fälle auftraten, wollte die Europäische Kommission gemeinsam für alle Mitgliedstaaten Schutzmaterial ankaufen. Der

**„Die EuropäerInnen müssen die Möglichkeit haben, die Vorteile der Gemeinschaft für ihr Leben zu erfahren.“**

Großteil der Regierungen lehnte aber dankend ab, auch Österreich. Die Kritik in den Medien richtete sich trotzdem gegen „die EU“. Diese Berichterstattung ist gefährlich für die Gemeinschaft. Das

Die Europäische Union ist nur so gut, wie es ihre Mitglieder zulassen.

individuelle Empfinden der BürgerInnen ist wichtig für den europäischen Zusammenhalt. Die EuropäerInnen müssen die Möglichkeit haben, die Vorteile der Gemeinschaft für ihr Leben zu erfahren.

## Gestärkt aus der Krise

Bisher ist die EU immer gestärkt aus ihren Krisen hervorgegangen. Oft scheint es sogar, dass nur in Zeiten der Not lang fällige Reformen schneller in Bewegung kommen. Dieser Reformdruck hat auch

**„Bisher ist die EU immer gestärkt aus ihren Krisen hervorgegangen.“**

die langwierigen Verhandlungen rund um das künftige EU-Budget beschleunigt. Für den Wiederaufbau sind 81 Milliarden Euro an Subventionen geplant. Die Zustimmung des Europäischen Parlaments wird das Budget aber nur bekommen, wenn die Vergabe von EU-Geldern streng an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit gebunden wird. Denn einige osteuropäische Staaten verfolgen zunehmend ihre eigenen Interessen und tragen zu einem Blockadeklima bei, das wichtige Themen ausbremst.

## Zusammenhalt – ein rares Gut

Der europäische Zusammenhalt ist ein fragiles Konstrukt. Besonders kritisch

### DER AUTOR:

**Hannes Heide** ist EU-Abgeordneter. Seine Themen sind Regionalentwicklung, Kultur und Bildung sowie Budgetkontrolle.



ist etwa derzeit die Entwicklung in Italien, einem Land, das sich bereits in der Finanz- und Flüchtlingskrise von der Gemeinschaft allein gelassen fühlte und nun stark von der Pandemie gebeutelt ist. Nationalistische Tendenzen sind die Konsequenz. Dabei würde Italien nach dem Ausscheiden Großbritanniens eine wichtige Rolle als Brückenbauer zwischen den EU-Staaten

**„Um Europas Handlungsfähigkeit zu stärken, müssen die Mitgliedstaaten untereinander solidarisch bleiben.“**

zufallen. Gerade das Beispiel Italien zeigt also: Um Europas Handlungsfähigkeit zu stärken, müssen die Mitgliedstaaten untereinander solidarisch bleiben und nicht nur kurzweilige Allianzen zur Durchsetzung nationaler Interessen bilden.



# „Krisendemokratie. Sieben Lektionen aus der Coronakrise“?

Demokratiepolitische Lehren aus der Corona-Krise zieht Tamara Ehs in ihrem aktuell erschienenen Buch „Krisendemokratie. Sieben Lektionen aus der Coronakrise“.

NORA WALDHÖR

„Die Akutphase der COVID19-Krise ermöglichte wie ein Brennglas den Blick auf die Stärken und Schwächen der österreichischen Demokratie“, fasst die Politikwissenschaftlerin Tamara Ehs in ihrer

„Jene Bereiche, die bereits vor der Krise holprig verliefen, taten dies während der Akutphase von Corona erst recht.“

aktuellen Publikation zusammen. Jene Bereiche, die bereits vor der Krise holprig verliefen, taten dies während der Akutphase von Corona erst recht. Es wird ersichtlich, was bei der nächsten Krise aus demokratiewissenschaftlicher Perspektive besser gemacht werden muss – denn diese kommt bestimmt. Die Eta-

„Die Etablierung einer krisenfesten Demokratie scheint wichtiger denn je.“

blierung einer krisenfesten Demokratie scheint wichtiger denn je. Zudem muss die Sicherstellung ihrer sozialen Grundlage noch mehr als bisher zur Daseinsvorsorge gezählt werden.

## Sieben Lektionen, die uns eine Lehre sein sollten

In den ersten drei Lektionen erörtert Tamara Ehs, was während der Corona-Akutphase problematisch an der Arbeit der Exekutive sowie des Parlaments war. Dabei argumentiert sie aus verfassungsrechtlicher Perspektive und zeigt, welches Selbstverständnis von Rechtsstaat und Verfassung in der derzeitigen Regierung verbreitet zu sein scheint und wo mögliche autoritäre Bedrohungen liegen. Das Regieren am Parlament vorbei ohne jegliche parlamentarische Kontrolle durch umfassende Ermächtigungsgesetze, das schnelle Abstimmen von Sammelgesetzen ohne Begutachtungsverfahren, schlampige „Husch-Pfusch-Gesetze“ und mangelnde Legistik, eine von Angstrhetorik geprägte Sprache sowie die Kommunikation von Empfehlungen als wären es Gesetze sind nur einige Beispiele dafür.

In Lektion vier bis sechs analysiert Ehs Defizite, die unter Corona-Bedingungen bei der politischen Partizipation sowie im Pluralismus der Meinungen zu Tage traten. Dabei betont sie, dass die Einschränkung der Grund- und Freiheitsrechte nicht mit digitaler Demokratie kompensiert werden kann und letztere auch in Zukunft lediglich als zusätzliches demokratisches Instrument dienen darf. Demonstrationen, Wahlen und sämtliche andere Formen der politischen Partizipation können und müssen auch in Ausnahmezuständen stattfinden. Für den langfristigen Erfolg

### DIE REZENSENTIN:

#### Nora Waldhör

hat Sozialwirtschaft an der Johannes Kepler Universität Linz studiert und ist Mitarbeiterin am Marie-Jahoda-Otto-Bauer-Institut ([www.jbi.or.at](http://www.jbi.or.at)).



### ÜBER DIE AUTORIN:

**Tamara Ehs** studierte Politik-, Kommunikations- und Rechtswissenschaften an der Universität Wien und forscht zu sozialen Fragen von Demokratie und politischer Partizipation. Nach mehreren internationalen Forschungsaufhalten an namhaften Universitäten lehrt sie mittlerweile an der Universität Wien.

des Krisenmanagements der Regierung ist soziales Vertrauen wesentlich, was nur durch Transparenz, Partizipation und eben Demokratie hergestellt werden kann.

In Lektion sieben geht Ehs auf strukturelle Probleme der österreichischen Medienlandschaft und die Kontrollfunktion der JournalistInnen ein. Demokratie braucht informierte und kritische BürgerInnen. Dafür ist die sachliche und diskursfördernde Aufbereitung von Informationen durch qualitativ hochwertigen Journalismus wesentlich.

Tamara Ehs wirft mit ihrem Buch einen kritischen Blick auf das Krisenmanagement der Regierung. Dabei gibt sie auf verständliche Art und Weise Einblicke in die österreichische Verfassung und was für das Funktionieren einer Demokratie gerade im Krisenmodus essentiell ist. Für alle politik- und demokratieinteressierten Menschen ist dieses Buch ein Muss.



## Tamara Ehs Krisendemokratie. Sieben Lektionen aus der Coronakrise

Mandelbaum Verlag Wien Berlin  
Preis: 12,00 Euro | Seiten: 108  
Erscheinungsdatum: Juli 2020  
ISBN: 978385476-893-7

# Die vergessenen Opfer der Pandemie

Die COVID-19-Pandemie wird von zahlreichen Staaten als Abschottungsargument gegen Flüchtlinge missbraucht. Dass die Massenunterbringung in Flüchtlingslagern die Ansteckungsgefahr massiv erhöhen, scheint dabei niemanden zu interessieren.

CHRISTIAN SCHÖRKHUBER

**K**roatien meldete am 13. August 2020 180 Neuinfizierte innerhalb von 24 Stunden – eine Rekordzahl, die am nächsten Tag mit 208 Fällen nochmals übertroffen wurde. Grund für die österreichische Regierung zu handeln. Für ganz Kroatien galt wenige Tage später die Sicherheitsstufe 6 (Reisewarnung). Zehntausende österreichische TouristInnen wurden zur Rückkehr aus dem Urlaub aufgefordert.

Weniger behutsam geht die Regierung vor, wenn es sich um Flüchtlinge handelt. Diese Gruppe möchte man am liebsten nicht erwähnen. Die ÖVP nicht, da sonst die aggressive Antiflüchtlingspolitik kritisch hinterfragt werden könnte. Die Grünen nicht, da nirgends sonst der Widerspruch zwischen dem Anspruch auf eine fortschrittliche Menschenrechtspolitik und der Realpolitik sichtbar wird, wie beim Thema Flüchtlinge und COVID-19. Schweigen und Vergessen scheint die gemeinsame Klammer der Regierungspartner zu sein.

## Abschiebungen an der Tagesordnung

So wird derzeit weiter munterabgeschoben, als ob es eine COVID-19-Pandemie nicht gäbe beispielsweise nach Afghanistan. Laut einer von der WHO geförderten Studie sollen sich in Afghanistan bereits rund zehn Millionen Menschen mit dem neuen Coronavirus angesteckt haben. Landesweit hätten sich einer Hochrechnung zufolge damit seit Beginn des Ausbruchs 31,5 Prozent der mehr als 30 Millionen EinwohnerInnen mit Sars-Cov-2 infiziert. In der Hauptstadt und über Vier-Millionen-EinwohnerInnen-Metropole Kabul ist die Infektionsrate mit geschätzt mehr als 50 Prozent besonders hoch. Für die

Asylbehörden jedoch kein Grund, Abschiebungen dorthin zu stoppen.

## Massenquartiere erhöhen die Ansteckungsgefahr

Keinen Grund das Massenquartier Traiskirchen zu schließen, sieht auch Innenminister Nehammer. Dies, obwohl

„Massenunterbringungen erhöhen die Ansteckungsgefahr massiv.“

immer wieder positive Fälle ans Tageslicht kommen und klar ist, dass Massenunterbringungen die Ansteckungsgefahr massiv erhöhen. Gleichzeitig müssen in Österreich kleinere, gut ausgestattete Flüchtlingsquartiere schließen. Auch die Medien scheinen sich der Regierungspolitik untergeordnet zu haben und berichten, wenn überhaupt, dann wenige Zeilen über die Situation aus dem größten Flüchtlingslager Österreichs. „Die Zahl der positiv getesteten Personen im Erstaufnahmelager Traiskirchen ist von acht auf neun Personen gestiegen. Es befanden sich zudem 41 Menschen in Quarantäne“, schrieb in aller Kürze die APA. Kaum eine andere Zeitung hat das Thema aufgegriffen. Das Leben in Quarantäne gehört seit Monaten zum Alltag der Flüchtlinge in Traiskirchen. Welche verheerenden Auswirkungen dies auf Kinder und ohnehin schon traumatisierte Menschen hat, scheint kaum jemanden zu interessieren.

## Weltweite Einreisestopp für Asylsuchende

Österreich bildet beim Umgang mit Flüchtlingen leider keine Aus-

### DER AUTOR:

#### Christian Schörkhuber

ist Geschäftsführer der Volkshilfe Flüchtlings- & MigrantInnenbetreuung GmbH, Mitglied im Integrationsbeirat im BKA und Trainer für Interkulturelle Kompetenz



nahme, sondern steht auf der Seite jener, die die Grundlagen der Europäischen Gemeinschaft unterminieren. UNHCR warnt aufgrund von COVID-19 daher auch schon vor langfristigen Einschränkungen der Menschen- und Flüchtlingsrechte. So schätzt UNHCR, dass von den bisher 167 Ländern, die ihre Grenzen ganz oder teilweise geschlossen haben, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen, mindestens 57 Staaten dabei keine Ausnahme für Asylsuchende machen – darunter auch Österreich. Innenminister Nehammer erklärte im April angesichts der jüngsten Entwicklungen in der Corona-Krise: „Aufgrund der Corona-

„COVID-19 wird als Abschottungsargument gegen Flüchtlinge missbraucht.“

Epidemie wird Asylbewerbern die Einreise verweigert, wenn sie kein gültiges Gesundheitszeugnis vorweisen können.“ COVID-19 wird als Abschottungsargument gegen Flüchtlinge missbraucht.

## Die Hotspots Libyen und Griechenland

Angeichts der anhaltenden Kriege und Gewalt in vielen Teilen der Welt setzen solche Maßnahmen das Recht der Menschen auf Asyl effektiv außer Kraft. Personen, die Sicherheit und Schutz suchen, werden an den Landgrenzen oder auf See abgewiesen und in andere Länder zurückgeschickt, wo ihr Leben oder ihre Freiheit ernsthaft in Gefahr sein könnten. Ein Beispiel dafür ist Libyen. Während ExpertInnen und NGOs von grausamen Zuständen in den libyschen Flüchtlingscamps berichten, von Sklaverei, Vergewaltigungen und Folter, einer „Hölle“ für Geflüchtete, unterstützt die EU das Land, in dem Rechtsstaatlichkeit und Justiz fehlen.

Besonders dramatisch ist die Situation weiterhin auch in den Flüchtlingsinternierungslagern auf den griechischen Inseln. Wenn Menschen COVID-19-Symptome haben, müssen sie in Quarantäne. Im Internierungslager Moria ist das aber auf gar keinen Fall möglich. 20.000 Menschen sind im Camp Moria unter schlimmsten Bedingungen zusammengepfercht. Isolieren kann sich dort niemand.

„Die Leute sterben hier. Speziell für Kinder ist das eine traumatische Erfahrung. Es ist einfach unfassbar, dass das in einem offiziellen Aufnahmezentrum

der EU geschieht“, so die Leiterin der ehemaligen COVID-19-Isolationsstation des Flüchtlingslagers auf Lesbos. Die Station wurde vor Kurzem mit Scheinargumenten von den griechischen Behörden aufgelöst. Man will offensichtlich keine Zeuginnen dieser unmenschlichen und völkerrechtswidrigen Handlungen gegen Flüchtlinge dulden.

### Für eine solidarische Migrations- und Asylpolitik

Die Redensart „Aus den Augen, aus dem Sinn“ scheint die neue politische Leitlinie in der europäischen Flüchtlings- und Menschenrechtspolitik zu

„Die Redensart „Aus den Augen, aus dem Sinn“ scheint die neue politische Leitlinie in der europäischen Flüchtlings- und Menschenrechtspolitik zu sein.“

sein. Die türkis-grüne Bundesregierung spielt dabei eine nicht unwesentliche Rolle. Gerade in solch stürmischen Zei-

ten ist es Aufgabe der Sozialdemokratie, für eine solidarische Migrations- und Asylpolitik einzutreten. Ein erstes po-

„Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, für eine solidarische Migrations- und Asylpolitik einzutreten.“

sitives Signal kam dabei von der SPOÖ mit der Initiative „BürgermeisterInnen mit Herz“, bei der sich BürgermeisterInnen bereit erklärten, Familien und Kinder aus den griechischen Lagern und an der Grenze in maßvollem Umfang in ihren Gemeinden aufzunehmen, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern.

Personen, die Sicherheit und Schutz suchen, werden an den Landgrenzen oder auf See abgewiesen und in andere Länder zurückgeschickt, wo ihr Leben oder ihre Freiheit ernsthaft in Gefahr sein könnten.



## Junge Generation OÖ

# „Unsere Zukunft steht in Flammen“

Unter dem Slogan „Unsere Zukunft steht in Flammen“ haben wir als Junge Generation gemeinsam mit den Roten Falken, der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter\*innen Jugend, der Sozialistischen Jugend und dem Verband Sozialistischer Studierender auf die Thematik der Jugendarbeitslosigkeit und vor allem auf die Dringlichkeit des Themas hingewiesen.

Die Forderungen sind klar: mehr Geld für Ausbildungen und ein Recht auf Arbeit.

Sowohl bei einigen Hupaktionen in ganz Oberösterreich als auch bei einer Kundgebung vor dem Landhaus wurde von uns auf diese Anliegen aufmerksam gemacht. Angesichts aktuell fast 6.000 junger Arbeitsloser und mehr als 1.500 Lehrstellensuchender in Oberösterreich (Zahlen: Stand 6. August 2020) wäre ein Maßnahmenpaket für die Jugend dringend notwendig. Außerdem muss im staatlichen und staatsnahen Bereich massiv in nachhaltige, grüne Jobs investiert werden. In Zeiten von Jugendarbeitslosigkeit und Klimakrise ist das der einzige Weg, um eine Trendwende zu schaffen.

Jugendarbeitslosigkeit ist und bleibt eines unserer Fokusthemen – verhindern wir gemeinsam eine Lost Generation!



Bild: MecCrenie Production

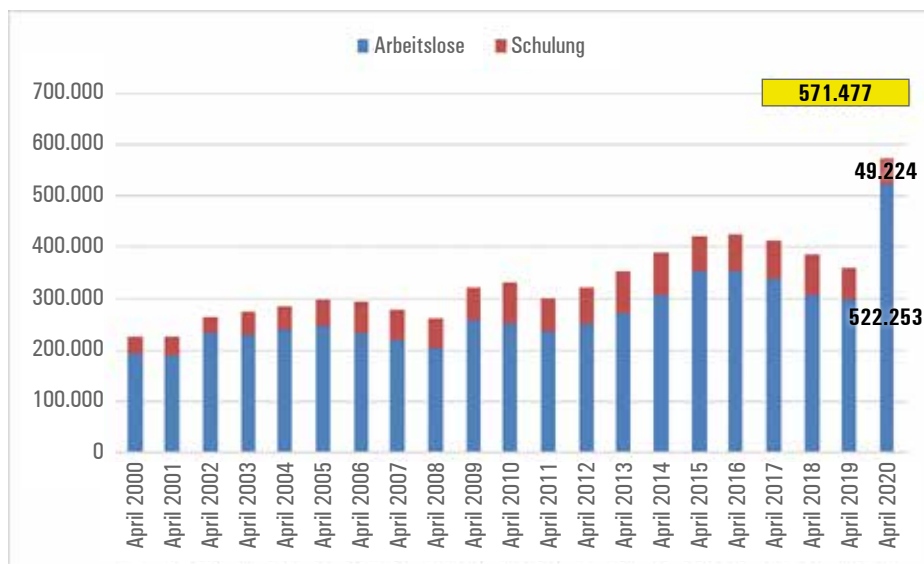
Kundgebung  
Jugendarbeitslosigkeit  
Landhaus Linz

## Erratum

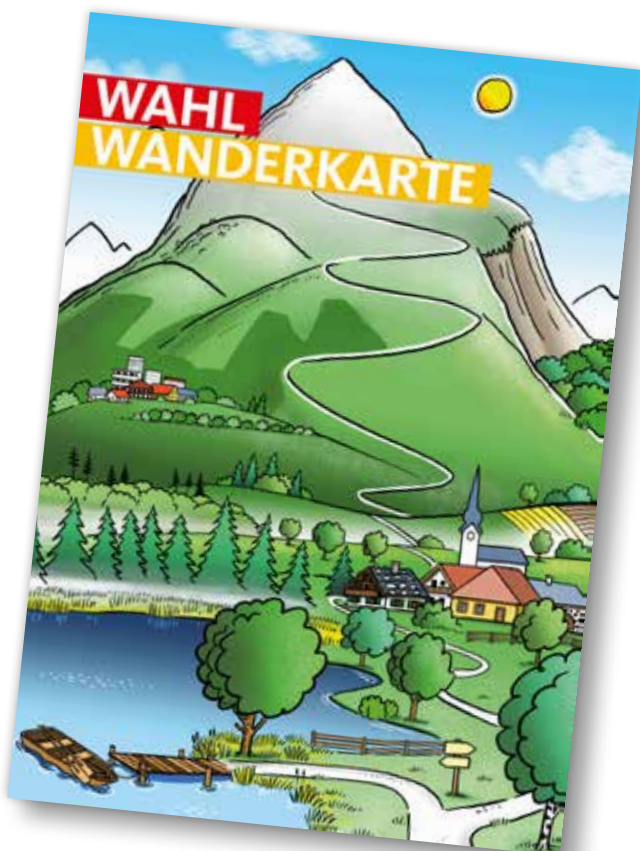
### Grafik unterschlagen

In der Sommer-Ausgabe des Bildungskurier haben wir eine Grafik unterschlagen. Beim Artikel „Corona-Arbeitsmarktkrise: Für eine neue Solidarität“ wollte Autor Dennis Tamesberger die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Österreich bis April 2020 aufzeigen. Das wollen wir hiermit nachholen und uns dafür entschuldigen.

Hier die Grafik als Nachtrag zu Tamesberger-Artikel:



Quellen: AMS, BaktiWeb, AK OÖ



Renner Institut OÖ/GVV

## SPÖ Wahlwanderkarte – Der Einstieg ins Wahljahr

Ein ungewöhnliches Erscheinungsbild bietet die neue „Wahlwanderkarte“ von GVV und Renner Institut OÖ. Der Wahlkampf wird als Bergwanderung dargestellt, die von Illustrator Philipp Pamminger - durchaus augenzwinkernd - verbildlicht wurde. Wahlkämpfe sind selbstverständlich ernsthaft und verantwortungsbewusst zu führen, sollen den beteiligten Menschen aber auch Freude und Erfolgserlebnisse bereiten. Diese beiden Ansprüche vereint die Wahlwanderkarte mit der Weitergabe von Know-how sowie einer Prise Humor. Eine innovative Einstimmung auf das Wahljahr 2021. Zudem bieten wir Workshops zur erfolgreichen Arbeit mit der Wahlwanderkarte an.

Die Wahlwanderkarte kann – ebenso wie das Wahlhandbuch, das der gründlichen Vertiefung in die Materie dient – bei [Alexandra.kneidinger@spoe.at](mailto:Alexandra.kneidinger@spoe.at) oder 05/7726-1116 bestellt werden.

---

**Wahlkampf einmal anders – mit der Wahlwanderkarte bezwingen wir die höchsten Herausforderungen.**

---

### Sozialistische Jugend OÖ

## Platz Da! – Her mit dem freien Seezugang!

Österreichs Seen sind wunderschön und laden zum Baden und Entspannen ein. Der Zugang zum See wird jedoch oft durch private Luxusseegrundstücke mit riesigen Villen versperrt. So sind zum Beispiel am Attersee über zwei Drittel der Uferfläche in privater Hand.

„Es kann nicht sein, dass sich einige wenige Reiche einen exklusiven Zugang zu den schönsten Plätzen sichern und gleichzeitig der Bevölkerung Entspannung, Erholung und Badespaß verwehrt wird. Gerade die Corona-Krise zeigt, wie wichtig es ist, dass wir alle viel Platz und Raum in der Natur haben“, bekräftigt Nina Andree, Vorsitzende der SJ OÖ.



Die SJ fordert deshalb im Zuge ihrer Kampagne „Platz Da“, dass die Seeufer geöffnet werden müssen und hat einige Forderungen, wie private Luxusseegrundstücke an die öffentliche Hand zurückzuführen, aufgestellt. Denn alle haben ein Recht auf Badespaß!

Mehr Infos zur Kampagne findest du auf [www.sj-ooe.at](http://www.sj-ooe.at). Setz dich auch du für den freien Seezugang ein!

---

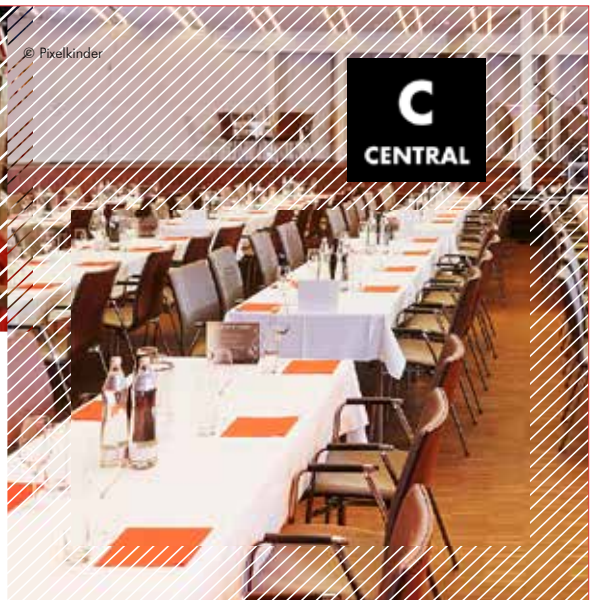
**Aktion für mehr freie Seezugänge in Linz, Paul Stich (SJÖ Vorsitzender) und Nina Andree (SJÖÖ Vorsitzende)**

---

# Bildungsprogramm 2020/21

Dieser Ausgabe des Bildungskurier liegt das aktuelle Bildungsprogramm für Herbst20/Frühjahr21 bei. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Vorbereitungen für die Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2021. Jetzt ist es an der Zeit, sich selbst und sein Team in Position zu bringen, sich Wissen und Können zu holen, um dann locker und zuversichtlich den Wahlkampf zu bestreiten. Social Media ist Thema genauso wie Fragen rund ums Team oder Wahlkampf in Minderheitsgemeinden. Zusätzlich zu den zentralen Angeboten werden wir auch in den Bezirken Workshops anbieten und im Campaign Camp Aktivist\*innen für Wahlkampf begeistern.

**Eine breite Palette an unterschiedlichsten Angeboten von Weiterbildungen macht das Bildungsprogramm für Funktionär\*innen, Mitarbeiter\*innen und künftige Kandidat\*innen der SPÖ interessant.**



Tagungen, Seminare, Workshops oder vielleicht doch ein Firmen-Event? Was auch immer Sie planen, wir bieten Ihnen die perfekte Location dafür. Mitten in Linz bietet sich Ihnen ein professionelles Zentrum mit moderner, technischer Ausstattung. Der Charme des früheren Central-Kinos tut sein Übriges zum Ambiente bei.

Das gemütliche Restaurant „Cafe Central“ bietet Ihnen Frühstück bis 12:00 Uhr, Mittagmenüs und durchgehend warme Küche.



Sie planen ein großes Familienfest? Eine Geburtstagsfeier? Oder wollen Sie den schönsten Tag – Ihre Hochzeit – mitten in Linz feiern? Dann sind Sie bei uns richtig. Machen Sie Ihre Feier zu etwas ganz besonderem, wir unterstützen Sie gerne dabei.



Über das Jahr verteilt finden bei uns eine Vielzahl von Tagungen, Seminare und Workshops statt. Der Saal und die umliegenden Nutzflächen bieten auf über 270 m<sup>2</sup> Platz für Kongresse und Konferenzen, sowie Messen und Produktpräsentationen.



Konzerte, Kabarett, Vorträge oder Buchvorstellungen. So unterschiedlich die Kunst und Kultur auch ist, so hat alles doch eines gemeinsam, große Emotionen, die Sie vermitteln wollen. Das Central bietet dafür genau den richtigen Rahmen.



**Central Linz, Landstraße 36, 4020 Linz**

Alle Details finden Sie auf unserer Website: [www.centrallinz.at](http://www.centrallinz.at)

Hotline: +43 (0) 5 7726 1199

E-Mail: [office@centrallinz.at](mailto:office@centrallinz.at)

**WWW.CENTRALLINZ.AT**